

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31302  
Verlag: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger  
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Post-Konto: 112, Deutsche Creditanstalt, Dresden  
Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-U.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.

Nr. 235 Blasewitz, Montag, 8. Oktober 1923 85. Jahrgang.

## Die Programmrede des Reichskanzlers.

Die „alten neuen“ Männer des Kabinetts. — Nur Hilferding und Raumer ausgespitzt.

### Das neue Reichskabinet.

Esamabend nachmittags gegen 3 Uhr traf bei uns die Drahtnachricht über die Zusammenkunft des neuen Kabinetts ein. Diese Meldung konnte nur noch in einem Teile unserer Auflage veröffentlicht werden, weshalb wir sie heute für die Gesamtauflage wiederholen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 8. 10. Das neue Reichskabinet ist sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Reichskanzler und Außenminister Dr. Stresemann, Finanzminister und Wiedererbauminister Dr. Brüning, Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning, Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Brüning, Justizminister Dr. Brüning, Innenminister Dr. Brüning, Reichsarbeitsminister Dr. Brüning, Reichsminister für Ernährung Dr. Brüning, Reichsminister für Ernährung Dr. Brüning.

In das Reichsarbeitsministerium tritt als weiterer Staatssekretär der Vorsitzende des Bauarbeitersverbandes, Silberstein, ein. Der im Gewerkschaftsleben eine hervorragende Rolle spielt und feiner als die Verhandlungen in Paris über die Beteiligung der deutschen Arbeiter an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs arbeitet hat.

### Deutscher Reichstag.

(383. Sitzung vom 6. Oktober.)  
Am Regierungstische Reichskanzler Dr. Stresemann, Arbeitsminister Dr. Brüning, Innenminister Sellmann, Justizminister Dr. Brüning, Wehrminister Dr. Brüning, Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Brüning, Reichsminister für Ernährung Dr. Brüning, Reichsminister für Ernährung Dr. Brüning.

Der Eintritt in die Tagesordnung teilte der Präsident des Hauses mit, der Reichsminister Sellmann habe auf Wunsch des demokratischen Abg. Dr. Käst die Ernennung zur Staatssekretärin des Abg. Dr. Käst wegen eines Verdachts nachdrücklich. Dieser Wunsch fand mit der beabsichtigten französischen Anfrage gegen Käst zusammen. Die Angelegenheit wurde dem Reichsminister für Ernährung übergeben.

Der Reichskanzler  
von kommunikativen Zwischenrufen empfangen, das Wort. Er wies zunächst die Sitzungsversuche der Kommunisten zurück, indem er auf einen ihrer Zwischenrufe hin

stellte, daß Stimmes mit der jetzigen Kabinettsbildung nichts zu tun gehabt habe. Er erklärte weiter, daß das neue Kabinet auf der alten Grundlage gebildet ist und nur die Wirtschaft und Finanzen mit den Herren Brüning und Brüning neu besetzt wurden. Das Ernährungsministerium solle mit einer der Landwirtschaft nahestehenden Person besetzt werden.

Der Kanzler wandte sich dann zunächst gegen die Kritiker, die in den letzten Tagen aus Anlaß der letzten Krise den Parlamentarismus als solchen scharf getadelt haben. Vor allem wies er die aus den Kreisen der Wirtschaft kommenden Vorwürfe zurück und stellte fest, daß wenn der Parlamentarismus wirksam haben sollte, vor allem auch die Wirtschaft selbst, die diesen Vorwurf erhebt, was hat, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellt habe. Die eigentlichen Wirtschaftsführer hätten sich bisher noch nie zur Verfügung gestellt.

Der Kanzler schloß die Ermächtigungsgesetze des Ernährungsministeriums ab und betonte, daß es sich darum gehandelt habe, der Reichsregierung so weitgehende Vollmachten zu geben, wie sie kaum ein anderes Kabinet gehabt hätte. Das hätte natürlich nicht durch eine Blankovollmacht geschehen können.

Danach ging der Kanzler auf die Gesamtlage ein und wandte sich zunächst gegen die Kritik, die die Regierung wegen der Aufgabe des passiven Widerstandes erfahren mußte. Er erklärte, dieser Kritik lägen solche Auffassungen zugrunde. Der Kampf sei monatelang geführt worden und habe schließlich viele lebhafte Demonstrationen in den beteiligten Bevölkerungsteilen hervorgerufen. Stets sei man sich darüber klar gewesen, daß der Sinn des passiven Widerstandes nur der sein könne, dem Gegner zu zeigen, daß er allein das Ruhrgebiet nicht produktiv ausbauen könne und daß er mit Deutschland verhandeln müsse. — Es wurde so hingestellt,

als hätte das Kabinet die Führung verloren, als hätte es sie plötzlich an die Fraktionen abgegeben und dadurch die Entscheidung aus dem Kabinettszimmer in das Plenum des Reichstages verlegt. Es würde ein solcher Übergeben der Entscheidung vom Kabinet an das Plenum des Reichstages und die Führung der Fraktionen für einen ganz falschen verstandenen Parlamentarismus und für eine falsche verstandene Demokratie halten. (Lebhafte Beifall bei den Demokraten.) Hier lagen aber die Dinge so:

Wir traten an den Reichstag heran, um ein Ermächtigungsgesetz zu erhalten und den Reichstag zu veranlassen, auf verfassungsmäßig im vorausgehende Rechte auf längere Zeit hinaus zu verzichten und dem Kabinet Vollmachten zu geben. Die weit hinausgehenden aber das, was jemals, glaube ich, ein Kabinet, das auf dem legalen Wege vorgehen will, erbeten hat.

Für diese verfassungsmäßigen Bestimmungen ist hier im Hause die Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Es war ganz klar, daß bei der Bedeutung dieser Sachlage nicht eine Blankovollmacht verlangt und gegeben werden konnte, sondern daß man sich wenigstens über die Grundlinie dessen klar werden mußte, was in bezug auf die Wirtschaft, in bezug auf die Finanzen und

auf dem Gebiete der Sozialpolitik dann unter späterer Rückwirkung des Reichstages hier geschehen sollte. Dem galten die Verhandlungen, und bei diesem Problem einer Festlegung, nicht von Prinzipien — denn über Prinzipien wird man sich nicht einig —, sondern dessen, was hier praktisch geschehen sollte, und angesichts der Bedeutung dieser Frage entstanden die Differenzen, die wir erlebt haben und die jetzt in der Neubildung der Regierung ihre Erledigung gefunden haben.

Gestatten Sie mir nach diesem Rückblick zu befragen mit dem, was unsere ganze Lage zweifellos am meisten beeinflusst. Es sind das die außenpolitischen Verhältnisse und zunächst die uns ausgesetzten Aufgaben des passiven Widerstandes. Die Kritik geht von einer falschen Auffassung aus über die Gründe, die die Regierung zu dieser Maßnahme veranlaßt haben. Der Ruhrkampf war seit Januar geführt worden unter einer unerbittlichen Bedrückung der gesamten Bevölkerung, unter Gewalttätigkeiten, die eine mehr oder weniger Depression ausgelöst hatten, die vielleicht aus dem passiven Widerstand hervorgegangen und hervorgehen mußte.

Der Widerstand entwarf so unmittelbar dem Willen der Bevölkerung, daß niemand ihn damals beim Einbruch der Franzosen irgendwie durch Machtmittel hätte zurückhalten können. Ich habe als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses schon in den ersten Monaten darauf aufmerksam gemacht, daß der Widerstand nicht etwa Selbstweil und dauernd anhalten könne. Er solle vielmehr die Einrückungsmächte dahin bringen, daß sie einsehen, daß die produktive Ausnutzung des Ruhrgebietes ihnen nicht gelänge, daß sie einsehen, daß sie einer ihnen als wachsende gegenüberstehenden Bevölkerung gegenüberstünden, daß sie durch die Schwierigkeiten des Landes, die ihnen erwachsen, gewonnen würden, mit uns den Weg der Verhandlungen zu geben. Diese Verhandlungen sollten die Grundlage bilden für ein freies Rheinland und die Wiederherstellung des Ruhrgebietes. Glauben Sie, daß die größte Mittelmacht der Welt sich zurückziehen werde aus einem okkupierten Lande, wenn Sie ausprechen, daß Sie erst Verhandlungen führen wollen, sobald die Ruhr sich zurückgezogen habe? Naturgemäß machte die Zeit dazu führen, die Wirkung des passiven Widerstandes abzuschwächen. Die moralische Widerstandskraft in einem Volke, das so viel durchgemacht hat wie das deutsche, kann nicht ewig dauern. Wer im Januar meinte hätte, daß diese Drangsalserfahrungen neun Monate lang getragen werden, den hätte man damals einen Altruisten genannt.

Die Aufgabe, eine Formel zu finden, die uns die Möglichkeit gab, die Aufgabe des passiven Widerstandes in außenpolitischen Ergebnissen zu benutzen, ist unabweisbar nicht erfüllt worden. Ich glaube aber nicht, daß Sie sagen können, daß Menckens oder Parteien an diesem Mißerfolg Schuld getragen haben. Mit der Idee, die Freiheit für deutsche Freiheit zu schaffen, verstanden wir eine Atmosphäre zu schaffen, die es möglich machte, die Aufgabe des passiven Widerstandes uns als ein Opfer bezahlen zu lassen, und zwar mit dem, was uns zunächst am Herzen lag, mit der Freiheit der Gefangenen, mit der Wiedererwerb der Heimat an die Vertriebenen und später mit einer unter unserer Mitwirkung erfolgenden Wiederaufnahme der ganzen Arbeit im Ruhrgebiet.

Wir haben nach dieser Richtung vorläufige Verhandlungen eingeleitet. Die so hoffnungsvoll begonnenen Unterhandlungen wurden zum Abbruch gebracht durch die von

dem französischen Ministerpräsidenten bei anderen Mächten durchgeführte Forderung der bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes. In dieser Frage war eine völlige Einheitsfront bei den Alliierten vorhanden. Das geht auch aus der Rede Lord Curzons in der englischen Reichstagskammer hervor.

Jede Idee heute von deutscher Seite aus, einen Alliierten gegen den anderen auszuspielen, wäre eine politische Dummheit, die sich an uns selber rächen würde. (Lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Soz.) — Die einzige Möglichkeit der Lösung des Reparationsproblems besteht nur in einer Vereinbarung zwischen den Alliierten auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen Seite. (Zustimmung in der Mitte und links.) Wir haben den Widerstand aufgeben müssen, weil wir sonst lebenden Augen in den Abgrund in bezug auf unsere eigenen deutschen Verhältnisse hineingekommen wären; dem deutschen Volke zuliebe haben wir ihm aufgegeben, nicht dem französischen Ministerpräsidenten zuliebe. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Gedanke, daß eine Festlegung kapitulieren muß, weil sie keinen Vorzug mehr hat, ist keine Sache, der man sich als nationaler Mann zu schämen hat. (Sehr richtig bei der D. Sp., in der Mitte und links), auch wenn man als nationaler Mann trauert, daß die Verhältnisse dahin gekommen sind. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Ich werde einen kurzen Blick auf die gesamte außenpolitische Lage werfen. Wir haben noch keine Antwort auf das deutsche Memorandum vom 7. Juni erhalten. (Hört, hört!), auch nicht von England (Hört, hört!). Einigkeit der Alliierten besteht nicht über die Grundzüge dieser Antwort. Selbst die Karte Einstellung Deutschlands auf Gedankenansätze, die in England verstanden wurden und selbst die bedingungslose Übergabe an die Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichts hat irgendwo zu einer gemeinschaftlichen Basis der Verhandlungen mit den Alliierten nicht geführt.

Wir waren bereit, Verhandlungen über Reparationen wieder aufzunehmen und ich darf wohl sagen, unsere Angebote sind das weitestgehende, was jemals ein Volk angeboten hat. Sie gehen hinaus über den Friedensvertrag selbst. (Hört, hört!) bei den Deutschen (Hört, hört!). Sie haben den ganz großen Gedanken aufgegeben, auch das Vermögen der Privatwirtschaft herbeizuführen, um — wenn es sein muß — durch Schuldverschaffung der eigenen Wirtschaft herauszukommen aus der Armut der gesamten deutschen Bevölkerung. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.) Trotzdem sind auch diese willigenden Angebote bisher nicht zur Grundlage von Verhandlungen geworden.

Wir sind auch Vorschlägen anderer Mächte nachgetreten. Insbesondere haben wir die Anregung des belgischen Grandbundes wegen Schaffung von Finanz- und Wirtschaftsmoglichkeiten mit großen jährlichen Beträgen von uns aus tätige Unterstützung. Man hat in der französischen Presse gelesen, Deutschland habe keine Details für diese Vorschläge gegeben. Ich darf demgegenüber darauf hinweisen, daß Belandungen, die sich auf Details bezogen, ihr Ende mit der Erklärung fanden, daß man über Details erst sprechen könne, wenn der passive Widerstand aufgegeben sei. (Wahl und Hört, hört!) bei der D. Volkspartei und bei den Deutschen (Hört, hört!).

Wir haben nicht aufgegeben die Forderung nach der Aufrechterhaltung der deutschen Souveränität, die Forderung